

## DIE LINKE. Dorsten, Haushaltsrede 2014

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

heute wird der Haushalt 2015 beschlossen.

Ein Haushalt mit Ausgaben von 195 Mio. €. Nach dem Stärkungspaktgesetz darf Dorsten 2015 noch einmal Schulden machen. Ob wir mit den 3,1 Mio. € neuen Schulden auskommen werden, wird sich erst beim Jahresabschluss 2015 zeigen. Mehr Asylbewerber, ein strenger Winter mit mehr Frostschäden an den Straßen, steigende Kreditzinsen oder andere Unwägbarkeiten könnten den Plan über den Haufen werfen. Ab 2016 dürfen dann keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Das soll auch möglich sein, wie es im Haushaltsanierungsplan rechnerisch nachgewiesen ist. Ganz „seriös und konservativ“, wie unser Kämmerer Herr Große-Ruiken sehr glaubhaft versichert.

Aus meiner Sicht werden aber auch „Rechentricks“ angewandt:

- So sind z.B. für die BiBi am See in den Jahren 2013 bis 2018 immer rund 12,5 Tausend € im Ansatz. Nur 2015 ist der Wert auf Null €. Herrn Kratz, Schulleiter der GSW, wurde im Schulausschuss aber versichert, dass das Geld auch 2015 fließen wird, nur irgendwie anders.
- In diese Muster passt auch die Neubewertung von Straßen hinein. Jetzt wurde festgestellt, dass viele Straßen älter als 50 Jahre sind, und deshalb schon abgeschrieben. Dadurch entfallen die ursprünglich in der Planung enthaltene Abschreibungen.

Davon einmal abgesehen, wie konnte das große Defizit der letzten Jahre ab 2016 in einen, wenn auch kleinen, Überschuss verwandelt werden?

Zum einen durch die Mittel des Stärkungspaktgesetzes.

Erreicht wurden diese Zahlen aber vor allem durch die Anhebung von Grund- und Gewerbesteuer, Anheben von Gebühren, Kürzen von Leistungen, Personalabbau und verspätete Besetzung freier Stellen in der Verwaltung.

2012 wurde eine lange Liste mit „Sparmaßnahmen“ vom Rat beschlossen.

Ein paar Beispiele:

- Kürzung der Repräsentationsmittel des Bürgermeisters um 3.000 €. Dies ist wohl eher eine symbolische Maßnahme die kaum Auswirkungen auf den Haushalt hat, ist aber immerhin eine Halbierung.
- Aber dann kommt's: Einstellung von verschiedenen Schulbussen € 175.200 €.
- Kürzungen bei Kinderferienerholung, Weltkindertag, Kindertheater, Ferienspaß und Ähnlichem 28.600 €.
- Durch Schulschließungen oder -zusammenlegungen werden viele hunderttausende € eingespart. Wir finden es schlimm, wie hier an unserer Zukunft, den Kinder, gespart werden soll.
- Dann Kürzungen, Gebührenerhöhungen usw. im Sportbereich 528.800 €. Sport wird zu einem Luxus. Wenn es zu gesundheitlichen Problemen kommt durch zuwenig Sport, so zahlt das dann die Kranken- oder Rentenkasse.
- Globale Kürzungen bei Straßenunterhaltung, Schnitt von Wiesen und Hecken usw. in Millionenhöhe. Diese Einsparungen zahlen zum Teil die Bürger indirekt für Stoßdämpfern und Reifen.
- Über 30 Stellen werden mit dem Haushaltsanierungsplan abgebaut. Weitere 5% der vorhandenen Stellen, das sind etwa 35 Arbeitsplätze, sind ständig nicht besetzt.

„Sparen“ bei den Arbeitsplätzen kann aber ganz schön teuer werden. Erinnerung sei an die sechsstelligen Einnahmeverluste im Jugendamt.

- Die allerhöchste Belastung für die Bürger ist aber die erhöhte Grundsteuer. Sie bringt 7.150.000 € mehr ein, das sind im Schnitt knapp 100 € pro Kopf, auch für den Säugling und die Oma.

Investiert wird in Dorsten praktisch gar nichts mehr. Es fehlt einfach das Geld. Dorsten ist da aber kein Einzelfall: 1991 tätigten die Kommunen noch 61% aller staatlichen Investitionen, 2012 nur noch 50%. Und das, obwohl der Bund und die Länder ihre Investitionen auch drastisch heruntergefahren haben.

Warum werden all diese Maßnahmen gemacht? Welche Begründungen werden gegeben?

- Der Strukturwandel im Ruhrgebiet.  
Das stimmt. Das Wegbrechen der Kohle- und Stahlindustrie, Firmenverlagerungen wie bei Nokia oder Opel, Stellenkürzungen im Chemiepark Marl sind schlimm für das Ruhrgebiet, treffen den Kreis Recklinghausen mit Dorsten besonders. Das Gemeindefinanzierungsgesetz berücksichtigt die hiesige besondere Situation, Landkreis mit Großstadtstruktur, überhaupt nicht. Leider sind die 10 Städte und der Kreis mit ihrer Klage gescheitert. Recht ist eben nicht immer gerecht.
- Die Kreisumlage.  
Das stimmt schon viel weniger. Auch der Kreis hat sich, um die Städte zu schonen, vor Jahren überschuldet. Das hätte er eigentlich nicht gedurft, ist aber von der Bezirksregierung geduldet worden.  
Nur was und wer ist der „Kreis“? Im Kreistag sind die Vertreter der Städte. Die meisten sind auch Ratsmitglieder ihrer Städte. Der „Kreis“ kann eigentlich nichts machen, was die Städte nicht wollen. Sprechen Sie doch mal mit Ihren Kreistagsmitgliedern!
- Die LWL-Umlage.  
Das ist jetzt ganz falsch. Der LWL ist für den Kreis ein gutes Geschäft.  
Bei vielen Einrichtungen steht zwar Caritas, Diakonie, Lebenshilfe oder AWO dran, es ist aber Geld vom LWL drin.  
Der Kreis zahlte 2013 131,9 Mio. € an den LWL. Der LWL zahlte aber allein nur an Eingliederungshilfen im Kreis 136,3 Mio. €. Also 4,5 Mio. € mehr.  
Hinzu kommen noch:
  - 6,7 Mio. € Hilfe zur Pflege, und
  - 2,6 Mio. € Hilfen bei besonderen sozialen SchwierigkeitenAußerdem ist der LWL für 1.085 Menschen im Kreis der Arbeitsgeber.  
Diesen Leistungsbericht bekommt die Stadt bestimmt auch. Auf jeden Fall hat Herr Ludger Samson, der der Landschaftsversammlung auch diesmal wieder angehört, ihn.  
Die CDU-Fraktion müsste also genauestens informiert sein. Die anderen müssten ihn sich einmal von der LWL-Seite runterladen.  
[http://www.lwl.org/002-download/Leistungsberichte/Ausgabe2013/Recklinghausen\\_2013.pdf](http://www.lwl.org/002-download/Leistungsberichte/Ausgabe2013/Recklinghausen_2013.pdf)

Welche Begründungen werden fast nie genannt?

- Steuergeschenke an die Superreichen  
Durch die Steuerpolitik der rot-grünen, schwarz-roten, schwarz-gelben und jetzt wieder schwarz-roten Koalitionen entstehen Steuermindereinnahmen von jährlich 50 Mrd. €. Nach meiner Milchmädchen Rechnung, 80 Mio. Einwohner in Deutschland – 80 Tsd. in Dorsten, wären das 50 Mio. € für Dorsten. Wenn man spitz rechnet, sind es „nur“ 46,8 Mio. €.  
Das Geld ist aber nicht weg, es haben nur Andere. Die reichsten 10% der Deutschen besitzen 64% unseres Vermögens, das sind 5,1 Bil. €, oder 5.100 Mrd. €. Diese Beträge sind in ihrer Größe nicht zu fassen. Ein Verhältnis zu ihnen erhält man vielleicht, wenn man weiß, dass die gesamten Staatsschulden (Bund, Länder und Gemeinden) gerade mal 2,15 Bil. €, oder 2150 Mrd. € ausmachen. Fehlendes Geld in Dorsten ist also eigentlich kein Mangelproblem, sondern eher ein Verteilungsproblem.

- Im Koalitionsvertrag steht „*Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden*“. Aus Gesprächen mit Sozialdemokraten weiß ich, dass dieser Satz sie bei der Mitgliederbefragung veranlasst hat, ihm zuzustimmen. Dieses Geld soll jetzt aber erst 2018 fließen. Die 5 Mrd. € gleichen dann aber nur die eingetretenen Steigerungen beider Eingliederungshilfe aus.

Ich weiß, dass es ihnen schwerfällt, na ja bei einigen hoffe ich es, diesen Haushalt zu beschließen. Also lassen sie uns kreativ über Entlastungsansätze nachdenken.

- Als LINKE schlagen wir vor, Steuerprüfer einzustellen, wie es uns z.B. Duisburg vorgemacht hat. Ein Prüfer kann, nach Abzug seiner Personalkosten 300.000 € im Jahr einbringen.
- Lasst sie uns über eine Niedriglohnabgabe sprechen. Warum soll sich ein Unternehmen mit Niedriglöhnen, die dann staatlich subventioniert durch das Jobcenter aufgestockt werden, Wettbewerbsvorteile gegenüber seinen Mitbewerbern am Markt verschaffen?

Jetzt aber mal ganz ehrlich: würde es bei der nächsten Bundestagswahl nur um die Stadtfinanzen gehen, so müssten Sie doch alle dazu aufrufen, DIE LINKE zu wählen. Was Sie von den Vertretern Ihrer Parteien in Berlin und Düsseldorf z.Zt. zu erwarten haben, wissen Sie selbst am besten.

DIE LINKE lehnt den Haushalt 2014 ab.